

# DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

## Umweltpolitik in der Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Kohl

### Einführung

#### Von Günter Buchstab

Die Umweltpolitik in den Jahren 1982 bis 1998 führt als Gegenstand kritisch prüfender Geschichtsforschung bisher ein Schattendasein. Im Vordergrund vor allem politikwissenschaftlicher Analysen stehen „die Erarbeitung und Analyse von Zielen, Prinzipien und Steuerungsformen der Umweltpolitik sowie die Bewertung implementierter umweltpolitischer Maßnahmen“<sup>1</sup>. Umfassende Untersuchungen unter historischer Perspektive, die die Voraussetzungen, Konfliktlinien, Inhalte, Ergebnisse, aber auch mögliche Versäumnisse der im Oktober 1982 ins Amt gekommenen Bundesregierung bis 1998 systematisch behandeln, liegen nicht vor, sieht man von einigen „vorläufigen Bilanzen“ ab.<sup>2</sup>

So sicher heute ist, dass 1945 keine „Stunde Null“ war, bei der Geschichte von Grund auf neu begann, wie die Zeitgenossen vielleicht glauben mochten, so sicher ist, dass auch 1982 nicht die Umweltpolitik neu erfunden worden ist. Auch hier reichen die Kontinuitätslinien in die Vergangenheit zurück, hat doch schon der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Franz Meyers Anfang der 60er Jahre den blauen Himmel über der Ruhr gefordert, bevor dieses Diktum Willy Brandt zugeschrieben wurde. Die SPD/FDP-Regierung hatte 1969 durchaus mit einem umweltpolitischen „Feuerwerk“ begonnen und u. a. 1971 einen Sachverständigenrat für Umweltfragen berufen und 1974 das Umweltbundesamt eingerichtet. Doch mit der ersten Ölpreiskrise und der an-

---

1 So Jürgen GROS, *Politikgestaltung im Machtdreieck Partei, Fraktionen, Regierung. Zum Verhältnis von CDU-Parteiführungsgremien, Unionsfraktion und Bundesregierung 1982–1989 an den Beispielen der Finanz-, Deutschland- und Umweltpolitik*, Berlin 1998, S. 60.

2 Z.B. Helmut WEIDNER, *Die Umweltpolitik der konservativ-liberalen Regierung. Eine vorläufige Bilanz*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 47–48* (1989), S. 16–28; Helmut WEIDNER/Martin JÄNICKE, *Vom Niedergang eines Vorreiters. Eine umweltpolitische Bilanz der Ära Kohl*, in: Göttrik WERNER (Hg.), *Bilanz der Ära Kohl*, Opladen 1998, S. 201–228. Neuerdings Andreas WIRSCHING, *Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990*, München 2006, S. 361–392.

schwellenden Arbeitslosigkeit verpuffte dieses Feuerwerk der Reformlust erst einmal. Die Bevölkerung zeigte sich bei Befragungen extrem unzufrieden mit der damaligen Umweltpolitik. Auch in der Union grummelte es vernehmlich. Erinnerung sei nur an Herbert Gruhl, der sich schon Ende 1970 in einer ersten großen Debatte im Bundestag zum Umweltschutz zu Wort meldete.

Zwar hatte Bayern bereits 1970 als erstes Land ein Umweltministerium eingerichtet und sich 1971 in der CDU/CSU-Fraktion eine Parlamentariergruppe für Umweltfragen sowie im gleichen Jahr ein Unterausschuss „Umweltfragen“ im CDU-Bundesfachausschuss Strukturpolitik konstituiert, auch hatten CDU und SPD 1979 Umweltprogramme verabschiedet. Das gesellschaftliche Unbehagen ließ sich damit aber nicht dämpfen. Es wurde bestärkt durch eine Reihe von Umweltkatastrophen und artikulierte sich vor allem in Bürgerinitiativen und jenem Teil der ökologischen Bewegung, der zu militantem Protest neigte. Die Unzufriedenheit führte auch zur Gründung neuer Parteien – wie der GRÜNEN, die bald in den Landtagen vertreten waren und 1983 in den Bundestag einzogen, oder der 1981 entstandenen, aber weniger erfolgreichen ÖDP –, die sich diesem Politikfeld annahmen. Festgehalten werden muss allerdings vor dem Hintergrund der Aktivitäten der Regierungen in Bund und Ländern, dass die „ökologische Frage“ keineswegs nur ein Reservat einer alternativen Bewegung war.

Als die Regierung Kohl 1982 ihr Amt antrat, bezeichneten der Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) dennoch den Regierungswechsel als „Schwarzen Freitag der Umweltpolitik“. Allerdings strafte der neue Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann derartige Unkenrufe Lügen, bezeichnete er doch unmittelbar nach dem Regierungswechsel am 14. Oktober 1982 im Bundestag den Schutz der Umwelt neben der Sicherung des Friedens als die wichtigste Aufgabe unserer Zeit und ging diese Aufgabe mit großem Elan an. Schon 1983 paukte er mit der Großfeuerungsanlage die europaweit schärfsten Vorschriften zur Entstickung und Entschwefelung der Abgase aus hohen Schornsteinen durch. 1985 folgte die Abgasentgiftung durch Katalysatoren.

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl vom 26. April 1986 war für Bundeskanzler Helmut Kohl der Grund, die bisher auf das Innen-, Landwirtschafts- und Gesundheitsministerium verteilten Umweltkompetenzen zu bündeln. Sie wurden am 6. Juli 1986 im neu eingerichteten Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zusammengefasst. Noch im Dezember dieses Jahres wurde das Strahlenschutzvorsorgegesetz erlassen, 1989 die Einleitung von Dünnsäure in die Nordsee verboten, 1990 die Abfallverbrennung auf hoher See eingestellt, 1990 – zwei Jahre vor Rio – Maßnahmen gegen den Treibhauseffekt, die Erwärmung der Erdatmosphäre, getroffen, 1991 die Deutsche Bundesstiftung Umwelt eingerichtet; 1994 erfolgte schließlich die Einführung des Umweltschutzes als Staatszielbestimmung in das Grundgesetz,

um nur einige Beispiele zu nennen. Eine besondere Herausforderung stellte schließlich die ökologische Sanierung der neuen Bundesländer dar; sie wurde viel schneller erreicht, als man dies angesichts katastrophaler Ausgangsbedingungen erwarten konnte. Entgegen aller Erwartungen war also die Umweltpolitik doch wohl ein Aktivposten der Kohl-Ära.

Dass diese Politik sich keineswegs von vornherein in allgemeinem Konsens vollzog, sondern auf vielfältige Konfliktlinien im politisch-institutionellen, ökonomischen-technischen und gesellschaftlichen Bereich traf, wird in den Beiträgen der Veranstaltung zur Ära Kohl deutlich, die am 24. Mai 2005 in Sankt Augustin stattgefunden hat.

Helmut Weidner, Mitarbeiter des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, führt in das verhältnismäßig junge Politikfeld ein, dessen politische, gesellschaftliche und kulturelle Bedeutung seit Mitte der 1970er Jahre zu einem der wichtigsten Themen wurde.

So sehr das Politikfeld Anfang der 80er Jahre sich einer breiten allgemeinen Zustimmung erfreuen konnte, so unvermeidlich waren die Kontroversen, die sich an der umweltpolitischen Praxis entzündeten. Wie stellte sich das Spannungsfeld zwischen Ökologie und Ökonomie, etwa zwischen der Luftreinhaltung und der Sorge um Arbeitsplätze im Kohlebergbau, also zwischen aktiver Umweltpolitik und arbeitsplatzförderndem Wirtschaftswachstum dar? Dieser Frage geht Gerhard Voss nach, bis 2005 Leiter der Forschungsstelle Ökonomie/Ökologie beim Institut der deutschen Wirtschaft.

Die Mitwirkung der CDU und der Unionsfraktion am Umweltschutz und den Gesetzesinitiativen der Bundesregierung sowie Einflussnahmen der Landesregierungen beschreibt Klaus Lippold, der viele Jahre in den einschlägigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages, der Arbeitskreise in Fraktion und Partei gewirkt hat.

Das neue ökologische Denken konzentrierte sich bereits früh in schlagkräftigen Spitzenverbänden, wie z. B. BUND und BBU sowie in einer Vielzahl weiterer Verbände im Deutschen Naturschutzring. Die Sicht der Umweltverbände auf die Entwicklung der Umweltpolitik legt der Generalsekretär des Deutschen Naturschutzrings, Helmut Röscheisen, dar.

